

Doris Ahnen

Inklusion ist Bildungspolitik auf der Höhe der Zeit

Das Zitat von Willy Brandt mag – gerade in sozialdemokratischen Kreisen – ein wenig überstrapaziert sein. Aber das ist es nur deshalb, weil es in so vielen Situationen Rat bietet und den richtigen Weg zu finden hilft. »Nichts kommt von selbst. Und nur wenig ist von Dauer. Darum – besinnt Euch auf Eure Kraft und darauf, dass jede Zeit eigene Antworten will und man auf ihrer Höhe zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll.«

In der Bildungspolitik auf der Höhe der Zeit zu sein, das bedeutet heute und in den nächsten Jahren vor allem, den Gedanken der Inklusion konsequent in die Praxis umzusetzen. Inklusion, verstanden als die gleiche gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit und ohne Behinderung, bedeutet nicht nur rechtliche Verpflichtung aus der UN-Behindertenrechtskonvention. Inklusion ist auch ein zutiefst sozialdemokratisches Leitbild. Im »Hamburger Programm« der SPD heißt es: »Freiheit bedeutet die Möglichkeit, selbstbestimmt zu leben. Jeder Mensch ist zur Freiheit berufen und befähigt. Ob er dieser Berufung entsprechend leben kann, entscheidet sich in der Gesellschaft.« Gerechtigkeit, so das Hamburger Programm weiter, bedeute gleiche Freiheit und gleiche Lebenschancen. Natürlich müssen diese Grundwerte gesellschaftlich so umgesetzt werden, dass sie für alle Menschen wirksam werden. Das bedeutet für das Bildungssystem: gleiche Bildungschancen für alle Kinder und Jugendlichen – unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, vom Geschlecht oder eben auch von einer Behinderung. Nicht zuletzt die UN-Behindertenrechtskonvention hat uns hier vor eine große Aufgabe gestellt. Was für das Bildungssystem insgesamt gilt, das gilt für das Thema Inklusion erst recht: Wer Veränderungen zum Erfolg führen möchte, der muss im intensiven Dialog

mit allen Beteiligten für Unterstützung werben. Denn natürlich gibt es Skepsis, offene Fragen und durchaus auch Ängste bei Eltern, bei Lehrerinnen und Lehrern und sonderpädagogischen Fachkräften wie auch bei manchen Schülerinnen und Schülern. Diese Skepsis und Sorgen müssen Bildungspolitikerinnen und Bildungspolitiker ernst und gleichzeitig zum Anlass nehmen, um über das Ziel eines inklusiven Bildungssystems, über gleiche Bildungschancen für Kinder mit und ohne Behinderungen und über den richtigen Weg dorthin mit den Beteiligten ins Gespräch zu kommen. Denn eine Gesellschaft muss sich in besonderer Weise daran messen lassen, wie sie mit Menschen mit Behinderungen umgeht. Die UN-Konvention ist nicht in unser Belieben gestellt, sondern sie ist ein klarer, bindender Handlungsauftrag. Viele Schulen beweisen täglich, dass inklusive Pädagogik am Ende allen Schülerinnen und Schülern nutzt. Deshalb gilt es, sich bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention an ein Wort von Seneca zu erinnern: »Nicht weil es schwer ist, wagen wir es nicht, sondern es ist schwer, weil wir es nicht wagen.«

Revolutionen im Bildungssystem gibt es nur in der Fantasie von Bestseller produzierenden – oft selbst ernannten – Experten. In Talkshows kommen Forderungen nach einem radikalen Wandel im Bildungssystem gut an. Mit der Realität haben solche Ideen nur wenig zu tun. Das bedeutet keineswegs, dass ehrgeizige Ziele nicht sinnvoll wären! Nur sollten wir uns hüten, die Illusion zu nähren, dass ein inklusives Bildungssystem von einem Jahr zum nächsten zu schaffen wäre. Den einen Schalter, den wir nur umlegen müssen, und alles ist schon fast geschafft, gibt es nicht. Gefragt ist ein behutsames, aber konsequentes Vorgehen. Es gilt, eine kluge Schrittfolge zu defi-

nieren, um sonderpädagogische Kompetenz in das allgemeine Schulsystem zu überführen, Förderschulen sinnvoll weiterzuentwickeln und den Anteil der Schülerinnen und Schüler mit besonderem Förderbedarf im allgemeinen Schulsystem deutlich zu erhöhen. Inklusion braucht verlässliche Rahmenbedingungen, nicht nur im gemeinsamen Unterricht. Das gesamte Bildungssystem muss darauf ausgerichtet sein. Schülerinnen und Schüler individuell zu fördern und Heterogenität als Chance zu begreifen. Gute Bildung von Anfang an ist entscheidend für eine erfolgreiche Bildungsbiografie. Deshalb ist es gut und richtig, dass Bund, Länder und Gemeinden sich vor einigen Jahren verständigt haben, das Angebot an Kita-Plätzen auch für unter Dreijährige bedarfsgerecht auszubauen. Seit dem 1. August dieses Jahres ist der gesetzliche Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz in Kraft getreten, der maßgeblich von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten erstritten und durchgesetzt wurde. Es gilt nun, alle Anstrengungen auf den weiteren Ausbau der Kita-Plätze zu konzentrieren. 2 Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt für ein bildungs-, familien- und frauenpolitisch unsinniges Betreuungsgeld auszugeben, war eine fatale Fehlentscheidung. Jeder Cent muss in den notwendigen Ausbau der Kita-Plätze investiert werden – und zwar unter Sicherung hoher Qualitätsstandards, die gerade im frühkindlichen Bereich von großer Bedeutung sind. Im Hinblick auf Inklusion ist der Bereich der frühkindlichen Bildung und Betreuung schon seit vielen Jahren ein Vorbild. Bundesweit sind rund 75 % aller Kinder mit besonderem Förderbedarf in integrativen Tageseinrichtungen. Gute Ganztagschulen sind ein weiterer, zentraler Baustein eines sozial gerechten und leistungsfähigen Bildungssystems. Das wichtigste Ziel dabei war und ist: Mehr Zeit für eine bessere individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler. Nur so können gute Bildungschancen für alle garantiert

werden. Und so wird auch ein noch besserer Rahmen, mehr Zeit und Raum für gelingende Inklusion bereitgestellt. Das Ganztagschulprogramm der damaligen rot-grünen Bundesregierung hat den Ausbau der Ganztagschulen einen großen Schritt vorangebracht. Während es vor Beginn des Programms im Jahr 2002 bundesweit rund 5.000 Ganztagschulen gab, lag deren Zahl im Jahr 2011 bereits bei mehr als 17.500. Das ist ein großer Erfolg, der aber keinesfalls zum Anlass genommen werden darf, sich auf den Lorbeeren auszuruhen. Im Gegenteil! Wir sollten den bundesweiten Ausbau der Ganztagschulen soweit voranbringen, dass Schülerinnen und Schüler und deren Eltern zukünftig frei entscheiden können, ob sie eine Ganztagschule besuchen wollen oder nicht. Damit wir das schaffen, sollten Bund und Länder gemeinsam ein zweites Ganztagschulprogramm auflegen und gemeinsam in den quantitativen Ausbau, aber auch in die pädagogische Qualität von Ganztagschulen investieren.

Es geht um pädagogische Verbesserungen, um bessere Bildungschancen durch eine gute individuelle Förderung jeder und jedes Einzelnen. Um mehr Zeit, Phasen des konzentrierten Lernens mit Phasen spielerischer, sportlicher Betätigung abwechseln zu können, weil Menschen so erwiesenermaßen besser lernen. Und dazu bedarf es zusätzlichen Personals: Lehrkräfte, Erzieherinnen und Erzieher, Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter sowie pädagogische Fachkräfte aus Vereinen, Musik- und Kunstschulen. Wo Ganztagschule draufsteht, soll auch Ganztagschule drin sein – und das kostet Geld!

Wer möchte, dass Inklusion im Schulsystem gelingt, der muss dafür die richtigen Grundlagen in der Lehreraus- und -fortbildung legen. Qualifizierungen für inklusive Themen wie Heterogenität oder Didaktik der Vielfalt müssen intensiviert und die Kooperationen zwischen den Studienseminaren ausgebaut werden. In den

Leitbildern für die Lehrämter und Unterrichtsfächer sowie den curricularen Standards muss Inklusion fest verankert werden. Auch in der »Qualitätsoffensive Lehrerbildung« von Bund und Ländern, mit der die Hochschulen ab dem Jahr 2014 über einen Zeitraum von zehn Jahren mit 500 Millionen Euro unterstützt werden, muss das Thema Inklusion eine hervorgehobene Rolle spielen. Die Schaffung eines inklusiven Bildungssystems ist eine gesamtstaatliche Aufgabe, die alle Beteiligten – Bund, Länder und Gemeinden – vor große Herausforderungen stellt. Nicht allein die Tatsache, dass es der Bund war, der die UN-Behindertenrechtskonvention ratifiziert hat, lässt eine substanzielle Beteiligung des Bundes an dieser nationalen Herausforderung sinnvoll und notwendig erscheinen. Vor allem verschwimmen gerade hier die Grenzen zwischen Bildungs- und Sozialpolitik. Es bedarf einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Gemeinden, um den großen Schritt hin zu einem inklusiven Bildungssystem erfolgreich zu bewältigen.

Das Beispiel Inklusion ist hervor-

ragend geeignet, um die Notwendigkeit neuer Formen der Zusammenarbeit von Bund und Ländern zu illustrieren. Auf der Grundlage gemeinsamer Vereinbarungen sollte der Bund die Länder in Zukunft mit dauerhaften Finanzhilfen für Bildung und Wissenschaft unterstützen. Die SPD hat dazu einen neuen Grundgesetzartikel 104c vorgeschlagen. Dabei geht es nicht darum, dass die Länder ihrer Verantwortung für das Bildungs- und Wissenschaftssystem nicht mehr nachkommen wollten – im Gegenteil! Es geht darum, große gesamtgesellschaftliche Aufgaben auch finanziell gemeinsam zu stemmen.

Das gemeinsame Ziel muss die Schaffung eines leistungsfähigen und sozial gerechten Bildungssystems sein, in dem Chancengleichheit besser verwirklicht wird. Das ist seit vielen Jahren ein bleibendes Ziel sozialdemokratischer Bildungspolitik – und das gilt gerade für das Thema Inklusion. Denn das Wort Johann Wolfgang von Goethes gilt für alle Kinder – für behinderte wie nicht-behinderte: »Es gibt zwei Dinge, die wir unseren Kindern mitgeben sollten: Wurzeln und Flügel.«



Doris Ahnen

(*1964) ist seit 2001 Bildungsministerin in Rheinland-Pfalz. Sie ist Mitglied im SPD-Parteivorstand und Vorsitzende des Gesprächskreises Bildung.

mail@doris-ahnen.de

Jürgen Oelkers

Ganztagschule und Inklusion: Neue Aufgaben der Lehrerbildung

Die gegenwärtige Schulentwicklung in Deutschland kennt vier große und übergreifende Trends, die alle Auswirkungen auf die Lehrerbildung haben. Zum einen geht es um den Aufbau von Ganztagschulen, der die berufliche Durchmischung an den Schulen beschleunigen wird. Bildungs-

landschaften, also Vernetzungen zwischen Schulen und außerschulischen Bildungseinrichtungen, werden zweitens zur Öffnung der Schulen führen, neuartige Kooperation befördern und die Reduktion des Arbeitsplatzes von Lehrern auf das Klassenzimmer in Frage stellen. Weiter wird